

Médiathèque VS Mediathek



1010914233

20 mars 1839

Denkschrift

den Ständen der schweizerischen Eidgenossenschaft zugeschiedt von
den sieben östlichen Zehnen und einigen andern Gemeinden *) des
Cantons Wallis.



Getreue, liebe Eidgenossen,

Die vielen und schweren politischen Zerrwürfnisse, deren unseliger Schauplatz der sonst so ruhige Kanton Wallis, seit bereits drei Monaten, geworden ist, sind ganz geeignet, die größte Aufmerksamkeit in Anspruch zu nehmen, zur reifsten Prüfung aufzufordern, die gerechtesten Besorgnisse zu erwecken und die verderblichsten Folgen nach sich zu ziehen. Nur mit Schrecken erheben sich die Blicke des Beobachters zur undurchdringlichen Zukunft, nachdem sie auf eine blühende und ruhige Vergangenheit zurückgeschauet, und bei der stürmischen Gegenwart, welche dem Gährungsproceß von tausend Wechselfällen unterworfen ist, sich verweilet haben. Zwei Staatsverfassungen, zwei Regierungen, zwei Staatsklassen befinden sich in gegenseitiger Befehdung, in der Stadt Sitten. Der ungestörten Besorgung der Localangelegenheiten, dem ordentlichen Gange der Privatgeschäfte, und ganz besonders der ruhigen Stimmung des Volkes gegenüber, welches die zwischen den beiden Landestheilen bewirkte seltsame Spaltung, kaum wahrzunehmen scheint, bildet die ungestüme Unterbrechung der frühern Verhältnisse im Kanton, und des geselligen Lebens im Innern dieser Stadt einen schmerzlichen Gegensatz. Dieses traurige und bizarre Bild, welches so niederschlagend für die Gegenwart, die es erschöpft, und so verhängnißvoll für die Zukunft, die es auszutrocknen droht, sich uns darstellt, ist das beweinenwerthe Ergebniß und die bittere Frucht einer offenbaren Verletzung der Staatsverfassung von 1815 durch das Unterwallis.

*) Goms, Brig, Visp, Naren, Leuf, Sider, Herren, Gemeinde Bremis, Wysonnaz, und Grimsuat (Zehnen Sitten) Neudaz, (Zehnen Gundis) Val d' Illier und Trois-Torrens (Zehnen Monthey).

Trotz den trügerischen Farben, womit sie gemalt worden, trotz dem Austerlichte, in welchem man sie dargestellt hat, und trotz aller wagen Deklamationen, deren Gegenstand sie geworden, ist die Verfassung von 1815 ganz gewiß das Grundgesetz der politischen Existenz von Wallis. Diese Verfassung, welche aus der denkwürdigen Epoche der Wiederherstellung der allgemeinen Ordnung in Europa herrühret, war, sage und thue man dagegen was man wolle, von dem Walliservolke vermittelt einer, dazu im Jahre 1815 den Mitgliedern des damaligen Verfassungsrathes eigends übertragenen Vollmacht angenommen und genehmiget worden.

Diese Lebensfunktion des Volkes wurde wiederholtermalen bekräftigt und bestätigt durch ihre ruhige und regelmäßige Vollziehung während einer ununterbrochenen Reihe von 23 Jahren, bestätigt auch durch die feierliche Gewährleistung der Eidgenossenschaft, die unsern neuen Verfassungsakt als das Grundgesetz des Cantons Wallis anerkannt und erklärt hat. Welches auch immer die Einflüsse der damaligen Zeitepoche gewesen seyn mögen, so kann doch mit aller Wahrheit gesagt und behauptet werden, daß die Constitution von 1815, als ein für das Unterwallis günstiges Werk betrachtet werden muß; wobei wohl zu bemerken ist, daß das Unterwallis selbst, um dieser Staatsverfassung eine lange Dauer und Herrschaft zuzusichern, mit Nachdruck auf die wichtige Annahme des Artikels 57 gedrungen hat, eines Artikels, der im höchsten Grade seine Rechte und Interessen in Schutz nahm.

Jedem muß es einleuchten, daß der Canton Wallis, soll er anders nicht allen Nebeln einer Anarchie Preis gegeben werden, ohne eine Verfassung unmöglich bestehen kann. Die Constitution von 1815 besteht, und sie muß bestehen und in ihrer Vollkraft verbleiben, so lange sie nicht widerrufen und auf eine für das Volk verbindliche Weise ersetzt worden ist. Das politische Leben des Walliservolkes hängt somit ganz von der regelmäßigen und rechtlichen Lösung dieser wichtigen Frage ab.

In einer gedrängten Zuschrift, die wir unterm 17. Januar dieses Jahres dem hohen eidgenössischen Vororte eingesendet haben, (Beilage A), wurden von uns die seltsamen Ereignisse, welche dem Unternehmen einer Verfassungsänderung vorangegangen sind, in Kurzem dargestellt; in derselben Zuschrift haben wir auch alle rechtswidrigen Handlungen bezeichnet, welche die Herrn Abgeordnete des Unterwallis sich haben zu Schulden kommen lassen.

Kräftig haben wir darin einen Irrthum erster Größe herausgehoben, aus dem man Folgerungen gezogen hat, die der Sache vom Oberwallis höchst nachtheilig werden könnten. Dieser so gewaltige Irrthum besteht in der grundlosen Behauptung: der Landrath von Wallis habe in der Sitzung vom 14. Dezember den Grundsatz einer Revision der Verfassung von 1815 förmlich angenommen und ausgesprochen: Wir erklären dagegen feierlichst: die Annahme dieses vorgeblichen Grundsatzes ist nie, unbedingt und ohne Vorbehalt, ein Berathungsgegenstand des Landrathes gewesen. Eine solche Revision konnte und mußte nur in dem Falle Statt finden, wo die verschiedenen Kantonstheile, im Einverständnisse handelnd, zufolge gegenseitiger Uebereinkunft die Hauptartikel und die Grundlagen dazu festgesetzt haben würden. Hat dieses vorläufige Einverständniß und diese Uebereinkunft wohl Statt gefunden? Nein; von dieser Zeit an konnte von keinem Revisionsbeschlusse mehr die Rede seyn, und obschon seither wiederholt freywillige Versuche zu einer freundschaftlichen Annäherung



zwischen getrennten Brüdern, vermittelt einer Revision, angestellt worden sind, so lag doch jedem Versöhnungsversuche der ausdrückliche Vorbehalt zu Grunde, daß dadurch den Rechten der Partheien gar kein Eintrag geschehen solle. Diese Versuche dürfen daher niemals, wir wiederholen es, rechtlicher Weise, als ein Beitritt zu dem Revisionsgrundsatz betrachtet werden.

Eine noch an selbem Tage von dem Staatsrath mitgetheilte Note, welcher der Landrath unbedingt und ohne Vorbehalt beigetreten ist, und die weit entfernt, eine absolute Annahme des Revisionsgrundsatzes vorzulegen, vielmehr im Gegentheile, sich bloß auf die Vertagung des Landrathes und auf die Zusammenberufung einer Commission zum Entwurfe von Friedensvorschlägen beschränkt hatte, zeigt uns zu Genüge, daß von einem sogenannten absoluten Revisionsgrundsatz gar keine Rede gewesen ist. (Beilage B).

Eine andere Waffe, die man gegen uns wendet, ist der Landrathsbeschluß vom 11. Dezember 1838, der das Begehren der occidentalischen Zehnen begünstigte. Legen wir diesen Beweisgrund auf die Waagschale:

Gesetzt auch, wir würden des Umstandes nicht gedenken, daß die 39, von der Verfassung erfordernten Stimmen niemals erhalten worden sind, und gesetzt, wir würden auf jenen Artikel der Verfassung, welcher die 39 Stimmen ausdrücklich fordert, Verzicht leisten, so hätten wir doch volles Recht, uns auf die zweite Verfügung des 57ten Artikels der Verfassung zu berufen, welche jede Aenderung derselben den Beratungen zweier aufeinander folgenden Landrathen unterwirft. Dieser zweite Theil oder Verfügung des Artikels 57 wurde in dem Werke vom 30. Jänner eben so wenig beachtet und vollzogen, als der erste. Und doch steht diese Verfügung, welche in einem so wichtigen, entscheidenden und gefährlichen Geschäfte, wie in einer Constitutionsabänderung, eine weise und kostbare Schutzwehr gegen Unbesonnenheit ist, in so enger Verbindung mit dem demokratischen Prinzip, daß man sie in mehreren Verfassungen unsrer Mitstände, namentlich, unter Festsetzung größerer Zwischenräume, bei denen von Bern und Freiburg antrifft.

Nehmen wir für den Augenblick an, der Landrath habe in seiner gewöhnlichen Sitzung im Dezember 1838 den Grundsatz der verhältnismäßigen Volksvertretung, so wie jenen der Revision der Verfassung von 1815 einstimmig anerkannt, so hätte doch selbst, in dieser Voraussetzung, ein solcher Beschluß nur dann Wirkung haben können, wann er durch einen darauf folgenden Landrath neuerdings bestätigt und genehmigt worden wäre. Ueberdies hatte er noch die Probe des Referendums, welcher sonst alle, auch die geringsten Gesetze unterworfen sind, keineswegs bestanden, ungeachtet diese Probe im May 1838, wo der Staatsrath Friedensvorschläge gemacht hatte, als unumgänglich nothwendig erachtet worden war.

Indem die Abgeordneten der ansuchenden Zehnen mit vereinten Schritten über die erforderliche Zeitfrist hinausgiengen, und eben dadurch einen zweiten Landrathsbeschluß unmöglich machten; indem sie ferner durch Annahme eines neuen Maßstabes der Volksvertretung, ohne vorläufiges Gutachten des Staatsraths, das Grundgesetz des Staates verletzten, und selbst den Willen des souverainen Volkes, welches über die so wichtige Frage niemals berathen worden war, mißachteten, haben sie ungesetzlicher Weise eine Sache vorgenommen, wozu selbst der Landrath nur in Kraft der Verfassung und in den von

ihr vorgeschriebenen Formen ermächtigt war, und welche sogar das Volk ohne eine bestimmte Erklärung, als einem feierlichen Ausdrucke der Wünsche von der Mehrheit der Walliser Bürger, nicht gewähren konnte. Alle diese Förmlichkeiten hätten nothwendig erfüllt werden sollen, dagegen wurden sie alle hintangesetzt.

Was war denn also, zufolge dieser Darstellung, die Gegenwart oder vielmehr der Einfall der Abgeordneten der fünf occidentalischen Zehnen in den Landrath, auf dem Fuße der verhältnißmäßigen Volksvertretung? Sagen wir es mit Schmerzen: diese Gegenwart war ein Akt, der das erste Gesetz des Staates verletzte, ein Akt, der einen schweren Eingriff in die Souverainität des Volkes that, ein Akt, durch welchen die Minderheit des Landes sich die Rechte der Mehrheit gewaltthätig zueignete.

Diese urplöglichen Gesandten der fünf westlichen Zehnen nahmen kein Bedenken, sich zu Herrn über die Schicksale des Walliservolkes aufzuwerfen, und einzusetzen. Weit-entfernet, die Mehrheit des Volkes zu vertreten, erklärten sie sich des ungeachtet als eine constituirende Versammlung und schritten, ohne weitere Umstände, zur Bildung des provisorischen Schreibamtes.

Später schloßen sich die Abgeordneten von Herrens und Sitten an die sogenannten Constituanten an. Jene von Sitten erschienen jedoch bei dieser Versammlung unter dem ausdrücklichen Vorbehalte, daß ihr Zutritt nur in so weit Kraft haben solle, als die neu zu machende Verfassung gemäß dem 57. Artikel jener von 1815, oder in Ermanglung dessen, von der Mehrheit der Walliser würde angenommen worden seyn. Eine gleichlautende Erklärung gaben die Gesandten des Zehnen Herrens. Weder die eine noch die andere dieser weisen Bedingungen wurden erfüllt. Wir werden später auf die unzweideutigste Weise darthun, daß das Verfassungsprojekt vom 30. Jänner 1839 nie von der Mehrheit, wie man sich damit auch immer brüsten mag, sey angenommen worden.

Ueberdas konnten die Gesandten von Sitten und Gündis nicht als der Ausfluß des Volkswillens angesehen werden; denn das Volk hatte sie nicht erwählt und nicht einmal eine Einladung, dergleichen Wahlen zu machen, zu Ohren bekommen. Eigenmächtig und nur von sich aus, handelten bei dieser Gelegenheit die Zehnenräthe, welche in Kraft der Verfassung von 1815 erschaffen, im Namen dieser selben Verfassung ihres Amtes walteten. In einem Theile des Zehnen Entremont waren die Wahlen direkte, im andern Theile, wie auch in St. Maurizen und Monthey wurden sie durch Wahlcollegien vorgenommen. In dem letzten Zehnen waren die volkreichen Gemeinden Val d'Illyer und Trois-Torrens, die 2553 Seelen zählen, nicht vertreten. In St. Mauriz hat man die Form und den Gang eines Zehnenrathes befolgt; aber wir haben Ursache zu glauben, daß das Volk nicht sey berathen worden.

Noch einmal, was war denn endlich dieser vorgegebene Verfassungsrath? Ein einfacher Verein von Männern, die von den Zehnenräthen, ohne gesetzliche Form, und größtentheils ohne Zuthun des Volkes, sind bestimmt und gewählt worden. Und diese Zehnenräthe hatten gewiß kein Recht, Constituanten zu erwählen, da sie selbst alle ihre Gewalt aus den Attributen schöpften, welche die Verfassung von 1815 ihnen übertrug.

Ein Verfassungsrath, der sich dieses Namens würdig erweisen soll, muß der freie Ausdruck des Volkes seyn, nicht der künstliche Ausdruck der Mehrheit eines Bezirkes,

oder der Glieder einer Verwaltungsbehörde. Die Minderheiten können in keinem Zehnen vernichtet werden, wie man es willkürlicher Weise im Zehnen Monthey, zum Beispiele, gethan hat. Es war allbekannt, daß die Gemeinden Val d' Illier und Trois-Torrens, der Verfassung von 1815 vom Grunde der Seele zugethan, laut und kräftig sich wider jede Constituante ausgesprochen hatten, und ungeachtet dessen, maßten die übrigen Gemeinden, welche die Mehrheit der Zehnenbevölkerung für sich hatten, sich das Recht zu, sogar die drei Repräsentanten dieser zwei opponierenden Gemeinden zu wählen, zweier Gemeinden, welche durch ihre beträchtliche Volkszahl beinahe den Drittel der Gesamtbevölkerung des Zehnen bildeten. Laßt uns diesen Fall wohl in's Auge fassen: die Constituante unterwirft die Minderheit dem Gesetze der Mehrheit eines Zehnen.

Das Gegentheil begab sich in Sider. Weil hier die große Mehrheit des Zehnens von einer Constituante nichts wissen wollte, beschloß eine Minderheit, gebildet aus den Gemeinden Gradez, Grun, Chalan und Leiß (

an der Ausarbeitung des neuen Constitutionsaktes Antheil zu nehmen. Damit nun Gradez, Grun und Chalan die Ziffer, die zur Erlangung eines Gesandten nöthig war, erreichen könnten, ermächtigten die Constituanten diese Gemeinden zusammen zu treten, und ihre respective Bevölkerung in einander zu schmelzen.

Es gieng nicht lange, so öffneten diese Gemeinden ihre Augen, erkannten und tilgten ihre Fehler, indem sie das Werk der sogenannten Constituante einstimmig verwarfen.

Diese Versammlung, aus so heterogenen Elementen zusammengesetzt, lief geraden Weges ihrem Ziel entgegen; plötzlich erschien ein Verfassungsentwurf. Darin hatte sie, je nach ihren Schidlichkeiten, große Grundsätze aufgepflanzt, aber stund auch nicht an, diese großen Grundsätze eintreffenden Falles einer engen Localconsideration, unter dem falschen Scheine von Großmuth, aufzuopfern, in der schmeichelhaften Hoffnung allerdings, sich eine chimärische und precäre Mehrheit, die ihr jeden Augenblick zu entweichen drohte, zu erhalten und zuzusichern.

So findet man im ersten Augenblicke, ohne sich der Mühe einer strengen Untersuchung unterziehen zu dürfen, daß die fünf occidentalischen Zehnen mit einer Bevölkerung von 35,000 Seelen dasselbe Recht haben, rücksichtlich der Gesandtschaft auf die Bundestagsakung, als die acht östlichen Zehnen mit der Volkszahl von 40,000 Seelen (Art. 52.)!!!

Möchte vielleicht eine feine und sinnreiche Gefälligkeit für die Stadt Sitten die Ursache seyn, warum die Rechtsgleichheit und Stimmenfreiheit in den Grängen eines gewissen Verhältnisses zwischen Bürger und Einwohner eingeengt wurde, da doch der einte und der andere gleich Bürger von Wallis sind. (Art. 53)?

Wäre etwann die Territorialabtheilung aus lautrer Höflichkeit gegen einige Constituanten einem einfachen Dekrete des großen Rathes anheim gestellt worden (Art. 15)?

Hätte die Constituante endlich, in der Absicht, ihrem Werke einen wenigstens fünfjährigen Bestand zuzusichern, dem Drittel, mehr einem, der Glieder des großen Rathes (oder: 27) das Recht eingeräumt, der Mehrheit desselben (oder: 50) und

dem ganzen Walliser Volke die Hände zu binden (Art. 77)? Diese Verfügung, auf sehr dringenden Gesuch des Unterwallis in die Verfassung von 1815 aufgenommen, wurde von demselben Unterwallis im Jahre 1839 öffentlich mit Füßen getreten und nachher, auf der Stelle, wieder in das Projekt von 1839 eingetragen. Welche Logik! Welche Konsequenz! Wenn eine ähnliche Bestimmung eine auffallende Verletzung des Prinzips der Mehrheit, eine Ungerechtigkeit in sich schließt, verliert sie diesen Charakter, weil sie nun in dem Entwurfe von 1839 zum Vorschein kommt, oder etwan weil sie darin auf fünf Jahre beschränkt ist?

Die Constituante hat den Lauf vollendet. Sie unterwirft ihren Entwurf der Genehmigung des Volkes, und erklärt feierlich, daß derselbe durch die Mehrheit der Walliserbürger sey angenommen worden.

Die Protestation der sechs östlichen Zehnen unterm 3. März 1839 (Beilage C), auf welche Protestation wir uns berufen, bezeichnet und rügt diesen ungeheuren Fehler. Wir beschränken uns, dieselbe mit folgenden Betrachtungen zu begleiten:

1) Daß das Ergebnis der Abstimmung über den Verfassungsentwurf von 1839, offenbar in seinen einzelnen Theilen mangelhaft sey. Man nehme nur die Mühe, dasselbe mit der Tabelle der Bevölkerung von Wallis (Beilage D) zu vergleichen, und man wird finden, daß dieß Ergebnis die Anzahl der Stimmenden des Zehners Sitten (Volksmenge 3,738 Seelen) auf 255, und jene der Stimmenden des Zehners Sider (Volksmenge 6,944) auf 196 beschränkt. Dieß Resultat ist ebenfalls unvollständig in seinem Ganzen, weil es, die Bürger der fünf orientalischen Zehnen gar nicht zählend, sie zu einer politischen Richtigkeit zu verurtheilen scheint.

2) Daß erwähnte Constituante, die sich in der Verfügung, die Abwesenden als Annehmende zu zählen, sehr wohl gefällt, dem Willen des freien Bürgers Gewalt anthut und ihn moralisch foltert, indem sie einen Walliser in die Lage versetzt, zur Annahme einer Verfassung, durch seine einzige Abwesenheit, thätig mitgewirkt zu haben, welche Verfassung er vielleicht aus aller Kraft seiner Seele und mit aller Gewalt seiner Stimme verworfen haben würde, wenn nicht gebieterische Umstände ihn von der Wahlurne entfernt gehalten hätten.

3) Daß die Constituante alle Bürger jener Gemeinden, deren Abstimmung sie unter dem Vorwande von Unförmlichkeiten vernichtete, der rechtmäßigen Ausübung ihrer heiligsten Rechte beraubet. Dieser Fehler konnte nicht dem einzelnen Bürger, wohl aber der, von der Constituante selbst zur Stimmeneinsammlung ernannten Behörde zur Last gelegt werden, und statt diese Stimmen außer Acht zu lassen, hätte diese Versammlung eine neue Abstimmung anordnen sollen, um so dem Mangel an Form abzuhelpen. Die Constituante hütete sich wohl eine so natürliche Berichtigung vorzunehmen; man weiß wohl warum. Vermög dieser Mängel an Formalitäten gelang es ihr, die Zahl der ihr Werk verwerfenden Stimmen übermäßig herabzusetzen.

4. Daß zu erwarten gewesen wäre, die Künste, Geschmiedigkeit und Geschicklichkeiten, welche die Constituante an den Tag gelegt, würden sie, um doch mit der Annahme groß thun zu können, zu einer faktischen und nicht bloß eingebildeten Mehrheit führen. Der Ausgang aber machte alle Vorberechnungen zu Schande. Es half nichts, viele verneidende Stimmen wegen Mangel an Form zu verwerfen; es half

nichts die 2136 Abwesenden unter die Annehmenden miteinzuzählen, die vorgegebene Constituante erhielt, wie aus ihrer eigener Zusammenzählung zu ersehen, nur 9,108 bejahende Stimmen. Sie ließ es dabei nicht bewenden; und sich in ihrem fehlerhaften Kreise fortbewegend, erklärte sie, daß, in ihrem Sinne, einzig 10,187 Bürger das wahrhaft unbeschreibliche Vorrecht besitzen, sich rechtskräftig über Annahme oder Verwerfung einer Constitution auszusprechen.

Dieser schönen Berechnung nur eine kurze, aber entscheidende Antwort.

Die beim Staatsrath hinterlegten Unterschriften von 11,000 Bürger beweisen augenscheinlich, daß die so hoch angepriesenen 9,108 Stimmenden (die Abwesenden einbezogen) nicht eine Mehrheit ausmachen, und daß die Anzahl der stimmbfähigen Walliserbürger die magere Ziffer von 10,187 weit überschreitet.

Aus dem Obigen folget: daß man, im Grunde, nur 6896 bejahende Stimmen erhalten hat, eine Anzahl, die weit entfernt ist, die Mehrheit der Bürger, welche über constitutionelle Institutionsfragen abzusprechen berechtigt sind, zu bilden.

Es ergibt sich ferner, daß, wenn wir auch die Zahl von 9,108 Stimmen, welche die Constituante als bejahend vorgibt, annehmen würden, diese Stimmen keineswegs die Mehrheit vorstellen, weil die gewichtige Stimme von 11,000 Bürger das Project vom 30. Jänner 1839 förmlich von sich stoßt.

Aus diesen zuverlässigen und übereinstimmenden Thatsachen ziehen wir die nothwendige, unwiderlegbare Schlussfolge: daß der Entwurf vom 30. Jänner 1839 nur der gesetzwidrige Ausdruck der Gesinnungen einer gewissen Anzahl Bürger sey.

Daß diesem Projekte der hehre Charakter einer Constitution fehle.

Daß alle Wahlen und Beschlüsse, die in Folge dieses ungesetzmäßigen Werkes Statt gefunden, in Ansehung der auffallenden Gesetzwidrigkeit desselben, nichtig und ungültig seyn.

Endlich daß die so oft beschworne Verfassung von 1815 die einzige Constitution sey, welche wirklich im Wallis herrscht, die einzige, die sich da erfreuet der Gewährleistungen und des Schutzes der Eidgenossenschaft, die man fortfährt zu begehren und anzurufen.

- 1). unter diesen befindet sich noch eine sehr große Anzahl die nur mit Bedingnüssen, deren aber keine Rechnung getragen worden, zugestimmt hat, also

Zweiter Theil.



Wir haben das gesetzwidrige Benehmen der Herrn Gesandten der fünf westlichen Zehnen flüchtig berührt und offenherzig bestritten. Wir haben auch die Reihe der arbiträren Akte der sogenannten Constituante auseinander gesetzt. Laßt uns weiter

gehen: der Stimme einer harten Pflicht Folge leistend, und gestützt auf die Güte unseres Handels, wollen wir den Bericht oder vielmehr die Denkschrift, welche die Herrn Schaller und Baumgartner unterm 17. März 1839 dem hohen eidgenössischen Vororte zugesendet haben, von Punkt zu Punkt beantworten.

Dieser Bericht räumt zwar ein, daß die Akten unsrer politischen Gegner, streng formell als revolutionäre können qualificirt werden (Seite 5 *). Aber was man nur mit Mühe glauben und mit Mühe aus der Feder fallen lassen kann, das ist das aus dem Berichte hervorgehende angelegentliche Trachten der zwei hohen, mit dem hehren Vermittler-Charakter nach Wallis gesendeten Staatsbeamten der Eidgenossenschaft, die Legalität anzustreiten und die Revolution zu vertheidigen.

Warum haben diese zwei Commissäre dem Volke von Unterwallis nie ein Annäherungswort hören lassen? warum?

Wir wollen uns lieber enthalten den Ursachen davon und dem Entzwecke nachzuspüren. Gehen wir weiter:

Warum haben sie sich darauf beschränkt, nur allein in den orientalischen Zehnen und in jenen des Centrums Versammlungen zu halten? Warum den Lektorn nichts anders gepredigt als blinde Unterwürfigkeit gegen die Constituante und ihr Werk vom 30. Jänner 1839? Warum die Maßnahmen der Repräsentanten des östlichen Cantontheils, die Akten der Regierung und unsere constitutionellen Institutionen dem bittersten Tadel Preis geben, und den Lektorn sogar den Stempel der Ungerechtigkeit ausdrücken? Warum die gewöhnlichen Verhältnisse zwischen den Magistraten und dem Volke bekritteln, um so dasselbe zum Mißtrauen gegen seine Obrigkeit aufzuheben? Durch welches seltsames Verhängniß haben diese ehrenvollen Abgeordnete in dem orientalischen Theile nichts wahrnehmen können, als Einwirkung und Herrschaft des Fanatismus? Durch was für eine unerklärbare Befangenheit haben sie in der Volksmasse nur Männer gesehen, die von ihren Magistraten in Bewegung gesetzt, sich selavisch ihrer Leitung hingeben?

Eilen wir zu beobachten, daß diese Herrn, durch einen verbessernden Widerspruch, erklärt haben, in Oberwallis herrsche eine alte und eingewurzelte Abneigung gegen das Unterwallis. Um so eine Behauptung zu widerlegen und in ihr Nichts zurückzuschleudern, genügt es, einen Blick auf den Geist der Verbrüderung hinzuwerfen, welcher in den gewöhnlichen Verkehren und täglichen Geschäftsberührungen zwischen den Magistraten und den Bewohnern der verschiedenen Cantonstheile obwaltet.

Wenn die guten Verhältnisse einige Störung in diesen Tagen erlitten hätten, könnte man sich dessen wundern bei dem Anblicke der wiederholten Gewaltthatigkeiten, welche leider! gegen Beamtete und andere der gesetzlichen Ordnung, gleich dem Bewohner des Obern Wallis, anhänglichen Personen in dem westlichen Theile verübet worden sind?

Haben die ehrenvollen Commissäre nicht vernommen, daß ein gewisser Marclay, brutaler Weise auf der Heerstraße angehalten, minutiös durchsucht, schimpflich an einen Wagen angeheftet, wiederholter Malen mit dem Tode bedroht, endlich vor dem Kriegsrath von Martinacht geführt wurde? Daß man erwähntem Marclay

*) Des Hauptberichtes der Herrn eidgenössischen Commissarien vom 17. März 1839.

die Briefe, die er zu Händen des Hochw. Bischofes und des Staatsoberhauptes bei sich hatte, entrißen und weggenommen hat?

Haben sie nicht gewußt, daß zu Monthey ein gewisser Beley der Gegenstand der größten Mißhandlungen gewesen ist?

War ihnen unbekannt, daß die Postkutsche und die darin sich befindenden Reisenden auf Befehl eines Mitgliedes der Constituante, bei den Thoren der Stadt Sitten angehalten worden sind?

Haben sie bei ihrer Durchreise in Martinacht nicht wahrgenommen, daß diese Stadt sich plötzlich in einen Waffenplatz umgestaltet hatte?

Aufstellung eines Centralcomités und eines permanenten Kriegs Rathes, Artillerie-Manöver, Mittelpunkt der Kriegsrüstungen und Operationen, beträchtliche Niederlagen von Verproviantirungen und Kriegsvorräthen, Gründung eines Eilbothendienstes, die von dem Kriegsrathe verordnete, aber von dem Bezirkskommandanten flüchtig verweigerte, auf Biquet-Stellung der Kontingenter, das Anwerben von 500 Freiwilligen, deren geringer Sold zu 20 Bagen zum Tage, wie man sagt, festgesetzt wurde, Transport der Waffen und Vorräthe nach Betroz, Hinstellen in Bürgertracht verkleideter Truppen von Martinacht weg bis nach Sitten, die Gegenwart angeworbener und mit Stiletten, Pistolen und Prügeln bewaffneter Männer in dieser Stadt, das ist die lange Kette von zuverlässigen, unläugbaren Thaten, von denen jedermann spricht, jedermann in ängstliche Besorgniß gesetzt worden ist. Und, auffallend ist es, von allen diesen Thatsachen nicht ein Wort in dem Berichte der Herren Commissäre! Hier beschwören wir die Eidgenossenschaft zu erklären, ob dann diese Handlungen und Thaten den löstlichen Stempel der vollkommenen Ruhe und der bewunderungswürdigen Kaltblütigkeit, (Seite 12.) welche die Herren Commissär dem Unterwallis so gern und gefällig zudichten, an sich tragen?

Wenden wir nun unsere Blicke und unsere Aufmerksamkeit dem östlichen Theile, dem so übel gewürdigten und so arg geschilderten Oberwallis zu. Da, Ruhe in der Geselligkeit, Bewußtsein des guten Rechtes, tiefe Stille und ungestörter Frieden. Da, nicht das kleinste Zeichen von Bewegung, keine angreifende Maßnahme, keine Feindseligkeit. Trotz dieser Ruhe und treuen Anhänglichkeit an die gesellige Ordnung laufen falsche Gerüchte, welche den gehässigen und niederschlagenden Verdacht auf Oberwallis zu wälzen drohen, als habe es die faktische Zusammentretung des großen Rathes durch Waffengewalt verhindern, und dadurch den Bürgerkrieg anzünden wollen. Wir antworten:

Es ist wahr, daß beim Anblicke der militärischen Rüstungen, welche seit einigen Monaten schon das Unterwallis getroffen hatte, die östlichen Zehnen (nichts ist natürlicher) sich auf ihre Hut gestellt haben und anfiengen, auf ihre eigne Vertheidigung bedacht zu seyn, mit einem Worte, Maßregeln zu ergreifen, die sie vor einem plötzlichen Ueberfalle sichern könnten. Aber weit, sehr weit war vom Obern Wallis der Gedanke, das erste sich unter die Waffen zu stellen, oder das Unterwallis anzugreifen. Zwei Beweggründe nur hätten den Männern des östlichen Kantontheils die Waffen in die Hand gelegt: die Nothwendigkeit, einen Angriff der Unterwalliser zurückzuschlagen, und ihre Schuldigkeit, jedweder Beschimpfung und Verfolgung, die man sich gegen ihre rechtmäßige Magistraten hätte erlauben können, zu steuern.

Der Verurtheilung, welche die Herrn Commissäre wider uns ausgesprochen haben, ungeachtet; und ungeachtet ihrer feierlichen Erklärung (Seite 8.), daß das Oberwallis, in Gegenwart der vorgegebenen Mehrheit, nur die traurige Aussicht habe, keinen Anklang, keine Stütze, keine Sympathie in der Eidgenossenschaft zu finden; ungeachtet ihrer drohenden Andeutungen, daß ein Beschluß der Tagsatzung den östlichen Zehnen die Hände binden und sie unter das Joch der sogenannten Verfassung von 1839 beugen werde, fühlen wir in unserm Innersten eine Stimme, die uns zuruft: Hoffnung, Zutrauen ohne Gränzen in die Gerechtigkeit der Eidgenossenschaft! Komme doch der Tag, wo die Billigkeit und Biedertreue der verbündeten Stände Nachforschungen verordnen und Erkundigungen vorschreiben wird! Dieser Tag wird unsere Sache, rein und strahlend aus den Wolken, die sie nun verdunkeln, hervorgehen sehen.

Diese streng unpartheiliche Untersuchung, wir fordern sie und erwarten sie ohne Furcht. Jede feierliche Probe kann nur zum Vortheile des Oberwallis ausfallen.

Fassen wir unsere Gründe kurz zusammen. Von den 9108 Stimmen, auf welche die Anmaßungen unserer Gegner sich gründen, muß man, aller Gerechtigkeit gemäß, abziehen und wegrechnen 2136 Abwesende, welche die Constituante widerrechtlich als Annehmende gezählt hat, um mit einer Mehrheit, die selbst mit dieser Zahl noch nicht da ist, groß thun zu können.

Die Constituante begieng einen Irthum, da sie erklärte, die Mehrheit habe ihr Verfassungsprojekt angenommen. Diese gewagte Behauptung wurde dann von den Herrn Commissären in ihrer Proklamation vom 1. März wieder auf die Bahn gebracht. Bei der Anzeige dieses Aktenstückes, hat die Mehrheit des Staatsrathes, eine durch die Beistimmung eines seiner Mitglieder aus dem Unterwallis gebildete Mehrheit, ihre Mithülfe zur Bekanntmachung eines solchen Aktes mit Recht verweigert; sie wich zurück vor dem Gedanken, vor dem Angesichte des ganzen Cantons, eine Behauptung zu proklamiren, deren handgreifliche Unrichtigkeit Jedermann ins Auge fiel.

Wie dem immer sey, so haben die Unterschriften der 11,000, den Verfassungsentwurf nicht anerkennenden Bürger den Irthum der Constituante augenscheinlich dargethan.

Will man vielleicht die Wirklichkeit dieser Ziffer in Zweifel setzen? In diesem Falle würden die östlichen Zehnen nicht anstehen, ihre 11,000 Stimmen der entscheidenden Probe einer partheilosen Bewährung zu unterstellen.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß die Herren Commissäre, mit Unrecht und ohne Grund, vom Anfange ihres Berichtes bis an das Ende, die Liebhaber des Projektes der neuen Verfassung mit dem Namen der Mehrheit beschenken, während Sie eine Minderheit (wir reden ihre Sprache) aus den 11,000 Stimmen der opponierenden Zehnen zusammensetzen.

Wir haben in der ersten Abtheilung dieser Denkschrift dargethan, daß die Gesandten, die den 15. Jänner sich als constituirende Versammlung erklärt haben, nicht die Mehrheit des Walliser-Volkes vorstellten; Wir haben bewiesen, daß die 43 Glieder des neuen Großen Rathes und die den Constitutionsentwurf von 1839 vollziehenden Behörden der sechs Zehnen ebenfalls nicht die Mehrheit der Walliser vorstellten, wenn man, wie es sich gebührt, der beiderseitigen Minderheiten Rechnung

hält. Demzufolge können die Wahlen des Großen Rathes nicht eine Emanation der Mehrheit seyn.

Wir haben annoch bewiesen, daß weder der Grundsatz der Revision noch jener der Vertretung nach Volkszahl von dem Landrathe auf eine absolute und verbindende Art seyen anerkannt worden.

Man muß sich in der That Gewalt anthun, es zu sagen: Auf so irrige Grundlagen hin glaubten sich die Herren Commissäre ermächtigt, das Walliser-Volk aufzufordern, zuerst, an den Verhandlungen der Constituante Theil zu nehmen, und nachher, den Constitutionsentwurf anzunehmen. (S. 8.) Ersehend, daß ihre Insinuationen und Mahnungen sich in die Luft verslogen, gaben sie den östlichen Zehnen den Rath, zu einer Revision der Verfassung von 1839 beizutreten. In dieser Revision, daß man es nicht vergesse! sollten die Gesandten des Oberwallis, vor allem aus, sich in der Falle des berühmten Artikels 77 des Projectes fangen lassen, eines Artikels, den wir schon bestritten, und der, für jede Aenderung, die Mehrheit von zwei Drittel Stimmen des Großen Rathes erfordert. Dießmal wenigstens haben die Herren Commissäre diese Verfügung, die zwei Drittel der Stimmen erheischt, gebilligt, da sie dieselbe anderswo als so fehlerhaft, so auffallend, so unhaltbar ausgerufen hatten, als nemlich vom 57. Artikel der Verfassung von 1815 die Rede war. Zwei Gewichte und zwei Maße!

Wahrhaft ein wunderbares Ereigniß! eine unbeschreibbare Verschiedenheit! Diese Verfügung wurde auf ausdrückliches und wiederholtes Begehren des Unterwallis angenommen und dann sehr klug in die Verfassung von 1815 eingetragen, heute nun findet man sie bitter und unhaltbar, und warum? Weil diese Anordnung von so großer Vorsichtigkeit zu Gunsten des Oberwallis spricht und streitet. Neuerdings durch das untere Wallis angelobt und durch und für dasselbe in den Constitutionsakt von 1839 eingeschoben, erhebt sich diese Verfügung zu der Höhe und Würde einer Verbindlichkeit, einer Pflicht. Habet doch die Güte uns zu sagen warum? So versteht es, so will es das Unterwallis: *Sit pro ratione voluntas*. Welche Gerechtigkeit! welche Gleichheit! welche Biegbarkeit in den Grundsätzen! Sich einbilden, daß 11,000 der Legalität getreuen Bürger in der allerwichtigsten Sache, wie die Bearbeitung und Gründung einer Constitutionsurkunde ist, in der Unthätigkeit verbleiben können, heißt wahrlich, den Geist der uralten Freiheit und Unabhängigkeit des Walliservolkes ganz mißkennen.

Bei dieser Gelegenheit müssen wir die auffallende Unrichtigkeit der Stelle (Seite 8.) hervorheben, wo die Herrn Commissäre behaupten, die Repräsentanten der östlichen Zehnen seyen mit den Ausgeschossenen der Constituante in Berathung getreten. Osfener Irrthum! Von dem Staatsrathe einberufen, in der Anzahl von zwei auf's Höchste durch Zehnen, traten die Abgeordnete der 13 Zehnen den 22. Hornung in die Conferenz, und nicht die Repräsentanten der sogenannten Constituante, die nicht eingeladen worden war, wie sich das leicht versteht.

Es war nicht schwer die Schlüsse der ehrenwerthen Commissäre vorzusehn. Man brauchte nur ihre Versöhnungsvorschläge vom 9. März 1839 auseinander zu sehen.

Alle Begehren, welche die westlichen Zehnen gestellt haben, sind günstig aufgenommen. Alles ist zum voraus zugesagt; es ist nicht nöthig die Frage über die Art eine Constituante zu bilden der fürchterlichen und gefürchteten Probe der Volksmehr-

heit zu unterstellen. Man setzt den Grundsatz der verhältnißmäßigen Vertretung zum voraus in Vollziehung, und bringt ihn nicht nur bei der Bildung der Constituante, sondern auch bei der provisorischen Errichtung einer obersten Kantonsbehörde in Anwendung: Auf diese Art wäre die Verfassung von 1815 durch eine provisorische von unbestimmter Dauer wirklich ersetzt. Welcher Vortheil wäre dann für das Obere Wallis bedungen worden? Gar keiner! Dasselbe hätte nichts, als die sehr geringe Begünstigung einer Reconstituierung. Nein, in diesem Antrage können wir keine Wohlthat finden. Denn nachdem der Constitutionsakt von 1839 verworfen worden ist, braucht man nur noch die Urkunde von 1815 zu zerreißen, um sich auf dem Wege einer Reconstituierung zu befinden, die im Sinne des Spruches *tabula rasa* vor sich gieng.

Dieses Reconstitutionsprojekt wird als eine Begünstigung des Oberrn Wallis angeschrieben. Daß man sich hierin nicht irre oder täusche: Hätte man diese Gunst, oder besser gesagt, diesen Afterschatten eines Trostes dem Oberwallis je zugesagt, wenn nicht einerseits die Anzahl der 11,000 Verwerfenden jene der 6,896 Annehmenden zu überwiegen gedroht, und wenn man nicht anderseits nur wenig Wahrscheinlichkeit, die eidgenössische Gewährleistung dem Constitutionsentwurfe von 1839 zu erhalten, gehabt hätte? Es ist erlaubt zu zweifeln.

Die Herren Commissäre sagen uns ferner: Der in Kraft der alten Verfassung erwählte Landrath besteht seit dem 15. Jänner nicht mehr (Seite 5); es ist keine Rede mehr die Constitution von 1815 aufrecht zu halten. Stillschweigen begrabe diese abgestorbene Verfassung. (Seite 11)!

Wir aber, deren Schicksal und Zukunft in dieser Sache gefährdet sind, wir können diese Ansichten nicht theilen. Wir haben im Gegentheile volles Recht zu behaupten, daß, den 15. Jänner, ein höchst revolutionärer Akt von den Gesandten der fünf westlichen Zehnen ist begangen worden, daß diese ungesetzmäßig ernannten Abgeordneten nur eine Minderheit vorstellten; daß, da diese überzähligen Gesandten in den Sitzungs-saal des Landrathes drangen und sich in unconstitutioneller Anzahl installierten, sie keineswegs einen rechtmäßig aufgestellten gesetzgebenden Körper haben auflösen, viel weniger vernichten können. Der gleiche Gedanke war es, der unsern Staatsrath leitete, als die Liebe zum Frieden und zur öffentlichen Ruhe ihn die Maßnahme einer einfachen Vertagung nehmen ließ. Wenn man nach diesem noch sagen darf, daß der Gedanke an die Handhabung der Verfassung von 1815 außer alle Betrachtung falle, heißt das nicht fragen unsere Verbündete, schwere Gewitter einigermaßen hervorrufen, heißt das nicht Gefahr laufen, die Anarchie zu proklamieren?

Die Herren Commissäre beschuldigen die Repräsentanten der sechs östlichen Zehnen eines Aktes von Ugehorsam gegen den Landrath, weil sie sich am 3. Jänner aus der mit dem Conciliations-Entwurfe beauftragten Commission zurückgezogen haben.

Wir fragen unsererseits: zu was hätte die Gegenwart dieser Gesandten im Schooße der Commission gefrommt? Sie haben sich zurückgezogen, es ist wahr; aber nur nach dem die Vorschläge welche sie vorgelegt hatten nicht einmal einer Antwort von Artikel zu Artikel gewürdigt worden waren; sie haben sich zurückgezogen! Aber als die Gesandten von Entremont, Martinacht und Monthey den Sitzungs-saal des Landrathes am 13. Dezember verließen; als sie sich weigerten am folgenden Tage da wieder zu

erscheinen, als sie durch diesen ungesetzmäßigen Schritt ihren Mitbrüdern vom 15. Jänner den Weg anbahnten, haben sich da diese Gesandten, saget es uns, nicht sehr tadelswerthe Akte erlaubt? Haben sie sich nicht eines Ungehorsams gegen den Landrath und einer Verachtung unserer Verfassung schuldig gemacht? Ueberall haben diese Gesandten den Vortheil, von den Herrn Commissären gerechtfertiget zu werden. (Seite 12 am Ende)!!!

Der sogenannte Große Rath, gebildet aus 43 Mitgliedern, wollte jedoch in der Antwort, die er den 20. März 1839 auf die von den eidgenössischen Commissären unterm 9. desselben Monats gemachten Vorschläge gab, zu der Revision der vorgegebenen Verfassung von 1839 einwilligen, wosern diese Revision gemäß den von dem neuen Akte aufgestellten Formen vor sich gieng. Da diese Revision nur mit einer Mehrheit von zwei Drittel Stimmen Platz haben kann, so hätte man eben so gut gethan den sieben östlichen Zehnen zu sagen: wir sind eure Herrn und Meister, ergebt euch auf Gnade und Ungnade.

In allem übrigen hat der neue Große Rath die Vorschläge der Herren Commissäre verworfen. Zweifelsohne finden dieselben in diesem Benehmen einen laut sprechenden Beweis, ein schmeichelhaftes Zeugniß jener respektvollen Mäßigung, die, in ihrem Berichte, diese Versammlung im höchsten Grade auszeichnet. (Seite 10.) Das heißt wahrhaft wohlfeilen Preises sich einen so schönen Namen erwerben.

Die sieben orientalischen Zehnen konnten weder die Großmuth des Großen Rathes, noch die Vorschläge des Commissariates annehmen, und machten daher einen letzten Schritt zur Annäherung durch Vorschlagung der Grundlagen ihres Vereinigungsentwurfes vom 20. März. (Beilage E.) Diese neuen Vorschläge wurden in dem nachträglichen Berichte des Herrn Commissären Schaller unter dem Datum vom 21. März 1839 aufgezeichnet.

Während dieser Vorgänge wurde Herr Landammann Baumgartner durch den ehrenwerthen Herrn de La Harpe, Präsidenten des Staatsrathes des Cantons Waadt, in dem Commissariate ersetzt.

Bei der Ankunft dieses Magistraten nahmen die Sachen eine ganz andere Wendung. Die bis dahin so kalt aufgenommenen, so schlecht verstandenen Vorschläge der obern Zehnen wurden endlich würdig erachtet in Berücksichtigung genommen zu werden. Sie scheinen diejenigen bestimmt zu haben, welche die Herren Commissäre in ihrer Zuschrift vom 9. April 1839 dem Walliservolke vorlegten. — Aber sie wurden von den westlichen Zehnen förmlich verworfen. Von da an verschwand jede Hoffnung einer Annäherung.

Man hat auch den östlichen Zehnen einen zu bedauernden Starrsinn, wie man es zu nennen beliebt, vorgeworfen, und dieselben beschuldiget, daß sie hartnäckig einer vorgegebenen Privilegienherrschaft anhängen, kurz, daß sie herrisch der Mehrheit das Gesetz vorschreiben wollen.

Irthum und Deklamation! Wenn man die Mühe nimmt ihre verschiedenen Vereinigungsvorschläge zu lesen und zu erwägen, wird man angenehm überrascht seyn, darin nur die allerstrengste Gleichheit zwischen allen Theilen des Kantons zu entdecken, nichts anders zu finden, als die Handhabung der Legalität und den Respekt für die gewissen Grundsätzen zugesicherten Gewährleistungen, an welche Grund-

säße sie allerdings festhalten; aber diese enthalten nichts Beleidigendes noch Ausschließendes, so daß sie im gleichen Grade und ohne Unterschied im ganzen Wallis zur Anwendung kommen. Durch diese Lesung wird man sich überzeugen, wie irrig die Stelle des Hauptberichtes (Seite 7) ist, welche ihnen die Absicht beilegt, eine politische Mehrheit im Kanton gegenüber einer wirklichen Volksmehrheit behaupten zu wollen.

Wir wünschen, daß man dem Nachstehenden die ernsthafteste Aufmerksamkeit widme. Sogar vermittelt dieses durch den Constitutionsakt von 1815 aufgestellten Gleichgewichtes in der Vertretung, konnte das Obere Wallis es nie dahinbringen, daß ein Abgabensystem, welches diesen Landestheil sehr bedrückte, beseitigt wurde, ein System, das, laut dem merkwürdigen Geständnisse der Herren Commissäre, (Seite 7) in nicht ganz gerechtem Verhältnisse auf den obern Zehnen lastet.

Allerdings verlangen diese Zehnen, in ihren Interessen schon jetzt beeinträchtigt, daß Versicherungen gegeben werden gegen die Erhöhung gewisser Auflagen, die, so zu sagen, ausschließlich auf sie drücken. Sieht dieß einfache Begehren der gehässigen und stolzen Herrschsucht gleich? Müssen sich diese Zehnen willkürliche Rechte zu, bezwecken sie Ungerechtigkeit, sie die schon wirklich in einem zu ihrer Bevölkerung viel zu großem Verhältnisse die Staatskasse ernähren? Die verhältnismäßige Volksvertretung einmal eingeführt, wer sieht nicht, daß diese Zehnen nur eine sehr schwache Stimme in eine der Schalen der politischen Wage hinlegen können, jedesmal wo es sich handeln wird, Auflagen zu dekretieren und deren Verwendung anzuweisen? Wird es nicht das Gleiche seyn bei der Abhandlung eines jeden andern beliebigen Gesetzes?

Das Oberwallis will, daß das Volk, der wahre Souverain in einem demokratischen Freistaate, sein altes Referendum beibehalte, und daß kein Gesetz ohne seine ausdrückliche Genehmigung könne getragen werden. Es verlangt sehnlichst, daß die Verfassung ein Denkmahl seiner religiösen Gesinnungen, dieses köstlichen Erbes seiner Väter, enthalte. Wenn dieses da Herrschsucht und Despotismus ist, so freuet sich das Obere Wallis seines Herrschungsgeistes, und treu dem Beispiele seiner Väter, rühmt es sich dessen.

Die Herren Commissäre sind vor dem gordischen Knoten stehen geblieben: sie haben nicht entschieden, ob der Verfassungsentwurf vom 30. Jänner 1839 durch Anordnung der eidgenössischen Behörden im ganzen Wallis soll in Execution gesetzt werden. Sie haben sich darauf beschränkt, die 13 Motive aufzuzählen, welche diese dem Tagsatzungsbeschlusse vom 27. Dezember 1830 schnurgerade entgegengesetzte Maßnahme (in ihrem Sinne) begründen könnten. Wir wollen uns der Mühe, eine fernere Antwort zu geben, enthalten.

Aus denselben Gründen können wir den Finalantrag, den das erste Commissariat gemacht hat, mit Stillschweigen übergehen. Dieser Antrag zielte auf nichts minderes hin, als dem Wallis durch Anwendung von Coercitivmitteln eine Verfassung aufzudringen, welche die Herren Abgeordneten des Vorortes diktirt hätten. (Seite 13.) Der hohe Vorort ließ diesem Vorschlage gute und schnelle Gerechtigkeit widerfahren und stund nicht an denselben zu verwerfen; die ganze Eidgenossenschaft, wir nähren die Hoffnung, wird diesem wichtigen Entschlusse lauten Beifall geben.

Die Eidgenossenschaft wird, wir sind sicher, der Würde, der Standhaftigkeit und der Ruhe, mit denen die östlichen Zehnen für die Handhabung der Ordnung und der Legalität gekämpft haben, Rechnung tragen. Sie wird nicht wollen, daß die von den westlichen Zehnen versuchten Mittel zum Anfange und zur Gültigkeit einer Constitutionsreform führen können. Sie wird nicht dulden, daß die Anwendung ähnlicher Mittel hinreiche, um Bestimmungen, die durch die Weisheit der Grundgesetze eines souverainen Staates sind vorgesehen und vorgeschrieben worden, zu umgehen, sagen wir es besser, umzustürzen und zu vertilgen. Weit von uns ein finsterner Gedanke! Wenn es dem anders wäre, so würde die Eidgenossenschaft ein unheilbringendes Antecedenz mit eigener Hand aufstellen, und mit der Gewalt ihrer Stimme bestätigen, ein Antecedenz, das alle Kantone bedrohend, ihr Staatsrecht untergrabend, endlich im Stande wäre, das Gebäude der constitutionellen Institutionen, welche bei ihnen herrschen und sie beschützen, zu erschüttern, ja von Grunde aus zu zerstören.

Dies ist die letzte Betrachtung die wir Euch, Getreue liebe Eidgenossen, unter die Augen stellen; sie verdient die reifste Prüfung; das gemeinschaftliche Wohl der Eidgenossenschaft ist von ihr abhängig.

Im Gefühl des innigsten Zutrauens in das bundesbrüderliche Wohlwollen der hohen Regierungen der Eidgenossenschaft, nähren wir die gegründetste Hoffnung, daß sie der Darstellung, die wir ihnen über unsere politischen Zwiste zu machen die Ehre haben, alle Aufmerksamkeit widmen, und die Begehren aufs reifste erwägen werden, die wir in Folge einer Garantie an sie stellen, welche sie dem feyerlichen Akte, den die Mehrheit des Kantons treu haltend gegen eine zu dessen Vernichtung hinarbeitende Minderheit beschützt, gegeben haben.

Wir verlassen uns zutrauensvoll auf ihre Sorgfalt; wir übergeben ihrer Gerechtigkeit die Lösung der Lebensfrage, die in diesem Augenblicke ihre Verbündeten in Wallis beschäftigt, und benutzen diesen Anlaß Sie unserer hohen Hochachtung zu versichern, indem wir Euch nebst uns in dem Wachtschutz des allmächtigen Gebiethers über die Schicksale der Völker empfehlen.

Sitten den 22 April 1830.

Die Abgeordnetest der östlichen Zehnen:

Gomb, Zagger.
Brig, Inalbon.
Bisph Andenmatten.
Maren, H. Roten.
Leuch, F. Met.
Heren, Blanc.

Siders, Zeitaz.
Für die Gemeinden außer Sitten:
Favre.
Für die Gemeinde Aendaz:
der Präsident Delèze.

Seit Auffsatz gegenwärtiger Denkschrift wurde die Waffenmacht in die Gemeinden Wald'Illic und Trois-Torrents übertragen.

Die Unterschriften der Vertreter dieser Gemeinden erscheinen demnach hier nicht. Mag man auch die Freyheit durch die Bajonnetter unterdrücken so haben sie dennoch nicht die Gewalt, die Meinung dieses rechtschaffenen und getreuen Volkes zu erschüttern.

CIRCULAIRE

aux hauts Etats de la
Confédération.

SION LE 23 MAI 1839.

Chers et fidèles Confédérés,

Les Dixains et Communes du Valais fidèles à la constitution de 1815 viennent de nous adresser un mémoire en soutien du pacte fondamental du Canton qu'une minorité attaque aujourd'hui, qu'elle voudrait détruire et contre lequel elle s'est de même déjà élevée de fait.

Nous nous empressons conformément à leur désir de vous le transmettre, Chers et fidèles Confédérés, en Vous priant de le placer sous les yeux de Votre Grand-Conseil avec un préavis favorable aux demandes qu'il contient.

Que sont elles? — Un appel à la garantie que vous avez solennellement prononcée en 1815 à l'acte qui, à cette mémorable époque, a réglé les destinées du Valais. — Le maintien du contract de famille que vous avez sanctionné, Fidèles et chers Confédérés, sur lequel reposait notre repos, notre tranquillité, notre bonheur. Il avait consulté nos besoins, il avait interrogé nos intérêts, il avait secondé les vœux des hommes sages et vrais amis de leur pays. —

Vous approuverez aujourd'hui encore votre œuvre; vous l'annoncerez à la Confédération par l'organe de vos Députés. — Vous ne voudrez pas que l'édifice, auquel vous avez pour ainsi dire posé la dernière pierre, soit renversé avec violence et de fond en comble et que ses ruines viennent écraser ceux qui veulent soutenir et conserver cet abri protecteur.

Veuillez, Chers et fidèles Confédérés, accorder à la demande, qui vous est faite, accueil et justice et recevoir ici les assurances que nous vous réitérons de notre considération très-distinguée, et de notre attachement fédéral, vous recommandant avec nous à la protection du Ciel.

*Au Nom du Conseil d'Etat du Canton
du Valais,*

Le Grand-Baillif,

DE COURTEN.

Beilage A.

In Gegenwart der wichtigen politischen Ereignisse, welche die Regierung unsers Kantons bewogen haben, den verfassungsgemäß versammelten Landrath zu vertagen, und um eine versöhnende eidgenössische Vermittlung in der Hoffnung anzuhalten, die sich in einer jener gewichtigen Fragen, welche mehr als jede andere die Gemüther erfassen, und auf den geselligen Verband der Staaten einwirken, gegenüberstehenden, verschiedenen Kantonstheile wieder vereint zu sehen; in einem Augenblicke, wo die Verfassung von 1815, dieser Grundvertrag der politischen Verhältnisse des Kantons, auf das heftigste angegriffen ist, und zum einseitigen Sturze derselben eine sich so nennende Constituante, nur einen Theil des Volkes repräsentirend, an dem Sitzungsorte des Landrathes, über einen neuen Verfassungsentwurf berathet, wollen die Vertreter der sechs östlichen, ihrer gegenwärtigen Verfassung unverbrüchlich treuen, Zehnen nicht unterlassen, unter einem raschen Hinblick auf den bisherigen Gang der Ereignisse, den hohen eidgenössischen Vorort über ihre Absichten und Handlungen in Kenntniß zu setzen.

Schon im Jahre 1833 stellten Abgeordnete der Zehnen Entremont, Martinacht, Monthey und St.-Maurik in einer an den Staatsrath gerichteten Denkschrift, das Begehren, daß die Volkszahl als Grundlage der Nationalvertretung in der Gesetzgebung und in Ausübung des Referendums erklärt und somit der 15te Artikel der Verfassung von 1815 aufgehoben werde.

Mitteltst Schreiben an dieselbe Behörde vom 17ten April erneuerten sie, mit Ausnahme des Zehners St.-Maurik, dasselbe Begehren, da dessen Entscheid damals auf günstigere Zeiten verschoben worden war. Ein hierauf von der Regierung dem Landrathe in dessen letzter Manſikung gemachter Antrag zu einem Vergleiche, führte nicht zum Ziele, indem das die gegenwärtige Verfassung abändernde, und das verlangte Prinzip der Petenten dennoch nicht aufstellende Mittel ding von den sieben östlichen Zehnen verworfen wurde. Es folgte alsdann eine abermalige von den Zehnen Entremont, Martinacht und Monthey an den Staatsrath unterm 26ten letzten Oktobers erlassene Zuschrift mit dem Ansuchen, daß die Einführung der verhältnismäßigen Volksvertretung der Berathung des Landrathes vorgetragen, und von demselben darüber entschieden werde.

In seinem verfassungsmäßigen Vorantrag trug die Mehrheit des Staatsraths darauf an, das Begehren der verhältnismäßigen Volksvertretung, als auf die Gerechtigkeit gegründet, und aus dem demokratischen Prinzip herfließend, mit Wohlwollen aufzunehmen.

In der Sitzung vom 11ten Dezember sprachen sich alsdann bey vollständiger Zahl des Landrathes, 29 Stimmen für den Vorschlag des Staatsrathes, und 27 wider denselben aus.

Schon am Morgen des 13ten Dezembers verlangten die Abgeordneten der drey reklamierenden Zehnen von dem Staatsrathe seinen Vorantrag über die Scala, nach welcher die verhältnismäßige Volksvertretung einzuführen sey und da das Präsidium, im Namen der Initiativbehörde, in der Landrathssitzung desselben Tags erklärte, es hätte Letztere aus Mangel an Zeit, den verlangten Vorschlag noch nicht bereiten

können, so begehrten Abgeordnete derselben drey Zehnen, daß ohne weiteres (folglich ohne verfassungsmäßigen Vorantrag des Staatsrathes) die fragliche Scala von dem Landrathe *sede tenente* festgestellt werde. Sie erklärten, im Weigerungsfalle an den Berathungen keinen Antheil zu nehmen, verließen zum Theil die Versammlung und besuchten in großer Mehrzahl die Sitzung nicht mehr.

Am 14ten Dezember vertagte sich der Landrath auf den 14ten Jänner 1839, um den Abgeordneten Zeit zur Berathung mit ihren Committenten über eine angetragene Verfassungsrevision zu lassen, während am dritten Jänner eine dießfällige Commission zu Bearbeitung eines Revisionsentwurfes, als Mittel zu einem Vergleiche, zusammentreten sollte.

Am 14ten Jänner versammelte sich der Landrath; — doch bald zeigte es sich, daß an dessen Stelle, eine verfassungswidrige Versammlung sich anmaßte, über das Schicksal und die Zukunft des Vaterlandes zu entscheiden. Die Abgeordneten der sechs östlichen Zehnen werden es sich eben nicht zur wesentlichen Aufgabe machen, die Gründe näher ins Auge zu fassen, welche die Mehrheit des Staatsrathes zu dem abgegebenen Vorantrag bestimmt haben möchten. Auffallend erscheint es aber doch, daß dieselbe in ihrem Berichte vom 6ten Dezember 1838 die Verfassung von 1815 in doppelter Hinsicht als nichtig betrachtet, da doch seit deren drey und zwanzigjährigem Daseyn alle Wahlen der Behörden, alle richterlichen Gewalten und deren Urtheile ihre verbindende Kraft aus diesem Grundvertrage schöpften, und von dem Landrathe als gesetzgebenden Körper, kraft dieser Verfassung, keine Verordnung, kein Gesetz erlassen wurde, in welchem nicht die Stelle: „auf den verfassungsmäßigen Vorschlag des Staatsrathes“ zu lesen wäre; da jeder neu anerkannte Kantonsbürger, jeder öffentliche Notar bey ihrer Aufnahme, und sämtliche Mitglieder des Landrathes alle zwey Jahre der Staatsverfassung den Eid der Treue leisten müssen; da der Staatsrath sein Recht, eben denjenigen Vorantrag zu stellen, in welchem die Mehrheit desselben die Nichtigkeit der Verfassung anzuerkennen scheint, einzig aus derselben herleiten kann; da endlich dieselbe Verfassung als Staatsverfassung des Kantons Wallis in dem eidgenössischen Archiv als solche niedergelegt, und von der Eidgenossenschaft garantiert ist. Es mag nun wohl belieben, dieselbe nur einen *modus vivendi* zu nennen; allein den dem ganzen Volke von Wallis inlebenden Glauben an das Daseyn eines verbindlichen Grundvertrages, an die Wirklichkeit eines geselligen Verbandes, an die gebietende Kraft einer so oft beschwornen Verfassung wird keine Benennung so plötzlich auslöschen. Diesen Glauben, diese Ueberzeugung halten die sechs östlichen Zehnen fest. Sie können auch die in der Verfassungsurkunde enthaltene, und durch die Unterschriften des Präsidenten und der Sekretärs des Verfassungsrathes von 1815 beurkundete Erklärung: daß die da vorliegende Verfassung im Namen des Walliser-Volkes durch den Verfassungsrath angenommen worden sey, nur als eine das Volk verbindende Wahrheit ansehen; denn so wie es gegen jede Wahrscheinlichkeit, man dürfte sagen, gegen jede moralische Möglichkeit streitet, daß der Verfassungsrath von 1815, ohne von seinen Committenten zur Annahme der Verfassung im Namen des Volkes, ermächtigt zu seyn, obige Erklärung gegeben habe, eben so leicht erklärt sich der Umstand, daß die Verfassung von 1815 dem Volke auf dem Wege des Referendums nicht mehr zur Ge-

nehmung vorgelegt wurde. Nachdem das Volk welches die Verfassung früher gutgeheißen hatte, wie es Rathsprötokolle von 1815 bezeugen, dieselbe durch seinen Mandatar, den Verfassungsrath, angenommen hatte, war das Referendum zwecklos.

Diesem die gegenseitigen politischen Rechtsverhältnisse zweyer, obwohl zu einem Staate verbundener, aber durch ihre Sitten, Gewohnheiten, Erwerbszweige und Sprache geschiedener Völker, feststellenden Grundvertrag haben die sechs östlichen Zehnen ihre entschiedene Anhänglichkeit und Treue zugeschworen. Die Wirkungen desselben möchten für sie erwünscht oder ungünstig seyn, nie sind sie von demselben gewichen, und es ist ihr fester Entschluß keine Abänderung an demselben als verbindlich anzuerkennen, welche nicht auf dem, durch den 57ten Artikel der Verfassung bezeichneten Wege eingeführt wird.

Abgesehen davon, daß die Abänderung einer Staatsverfassung, die durch eine drey und zwanzig Jahre dauernde treue Befolgung bekräftigt, die Eintracht, die Ruhe und das Glück des Landes befördert, und auf eine für alle Theile des Kantons verbindliche Weise, deren wechselseitigen Rechte bestimmt hat, ein gewagter Schritt wäre; indem die Folgen desselben in Gegenwart der sich so schrof gegenüberstehenden Ansichten nicht zu berechnen wären, finden die Abgeordneten der sechs östlichen Zehnen die, durch die Verfassung von 1815 angenommene Abweichung von dem demokratischen Prinzip der verhältnißmäßigen Volksvertretung mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit nicht unvereinbar. Einerseits haben die Repräsentanten des heute reklamierenden Kantonstheiles nicht nur ihre Einwilligung zu der Schmälerung des zu Gunsten desselben in dem streng demokratischen Prinzip liegenden Repräsentationsrechtes eingewilliget und auf dasselbe unzweideutig auch für die Zukunft zu verzichten gedacht, da sie es waren, welche in der Absicht der Constitution von 1815 unabänderlichen Fortbestand zuzusichern, die Ausnahme des 57ten Artikels derselben dringend forderten, sondern es haben auch ihre Nachkömmlinge durch genaue seitherige Beobachtung derselben Verfassung, diese Verzichtleistung bekräftigt.

Andererseits scheint der Verfassungsrath das Bedürfniß eines durch die Klugheit zur Beruhigung aller auf ihre Freiheit und Selbstständigkeit gleich stolzer Kantonstheile angerathenen Verfassungsartikels, lebhaft empfunden zu haben, in welchem das politische Gleichgewicht zwischen dem östlichen und dem westlichen Landestheile bey der Gesetzgebung aufgestellt sey; eine Anordnung, der man vielleicht die lange ruhige Haltung des Cantons zu verdanken hat. Daher der 15te Artikel der Verfassung, der den fünf östlichen Zehnen 20, den fünf westlichen gleichfalls 20, und den drey zwischen denselben liegenden Zehnen 12 Stimmen im Landrathe zusagt.

Wäre es nun wohl rathsam, wäre es klug von der Verfassung abzuweichen, die gegenseitig zugestandenen Verträge und Rechte aufzuheben und das unerläßliche Prinzip des politischen Gleichgewichtes, ohne welches kein gegenseitiges Zutrauen der zwei Cantonstheile je zu erwarten ist, zu brechen? Wer auf die Eintracht und den Brudersinn eines Volkes nur einigen Werth setzt, muß diesen Bruch scheuen und offen gestehen, daß das Prinzip der verhältnißmäßigen Volksvertretung, den ungleichen Bedürfnissen, Gebräuchen und der topographischen Lage des Cantons gegenüber eben nicht den gesegnetesten Einfluß ausüben, und sich in seiner Anwendung gegen andere demokratischen Staatsgrundsätze verstoßen dürfte. *Non omnis fert omnia stellus.*

Um indessen einen Bruch mit unsern Landesbrüdern zu vermeiden, zu dem von denselben gewünschten Werke der Verfassungsreform, so weit möglich mitzuwirken und das bei denselben beliebte Prinzip der verhältnismäßigen Volksvertretung aufzunehmen, haben sich die Abgeordneten des östlichen Theils des Kantons im Schooße der mit dem Revisions-Entwurf beauftragten Kommission bereit erklärt, zu einer Verfassungs-Revision auf konstitutionellem Wege die Hand zu bieten, wenn ihnen anderst einige Vorbedingnisse zugesichert würden, deren Annahme durch die eigenen aus besonderen Umständen hervorgehenden Verhältnissen des östlichen Wallis erheischt wurden. Es sind dieß wesentlich seine religiösen Anhänglichkeiten, seine topographische Lage, Verschiedenheit mit dem westlichen Theile in Bezug auf Gebräuche, Sitten, Erwerbszweige, finanzielle Hülfquellen u. s. w.

Diese Vorbedingungen wurden in 18 Artikeln vorgetragen, deren Wesenheit, abgesehen von deren religiösen Inhalte, in folgenden Punkten besteht:

- A. Vertheilung der sämmtlichen Kantonsbevölkerung in drey Bezirke.
- B. Volksvertretung im Verhältnisse von einem Abgeordneten von 2000 Seelen. Die Fraction von 1000 Seelen berechtigt zu einem Gesandten.
- C. Beitrag der Bezirke an die Staatskasse, im Verhältnisse der Volksvertretung. Bestimmung durch die Bezirke selbst des sie betreffenden Finanzfußes.
- D. Revision der Verfassung auf konstitutionellem Wege.
- E. Referendum der Gesetze an das Volk.
- F. Wahl der Staatsräthe und der Gesandten auf die Bundestagsagung durch die Bezirke selbst, im Verhältniß zu ihrer Bevölkerung.

Da aber eine vorläufige artikelweise Beantwortung derselben durch die den westlichen Theil des Cantons vertretenden Commissionsglieder unter Erklärung, daß sie zu keiner verbindlichen Zusicherung ermächtigt, sondern nur ihre persönlichen Ansichten in dem Revisionsgeschäfte zu eröffnen, berufen seyen, versagt wurde, so enthielten sich die Repräsentanten der sechsöstlichen Zehnen jeder Theilnahme an den Verhandlungen der Commission. Die sieben übrigen Mitglieder schritten zur Berathung des Revisionsentwurfes.

Von Wichtigkeit ist es aber auf zwey irrige Voraussetzungen aufmerksam zu machen, von welchen die Mehrheit dieser Commission ausgegangen seyn dürfte. Sie scheint als Thatfachen anzunehmen, daß der Landrath in der Sitzung vom 14ten Dezember den Grundsatz einer definitiven Verfassungsrevision ausgesprochen, und daß in derjenigen vom 11ten desselben Monaths das Prinzip der verhältnismäßigen Volksvertretung auf eine verbindliche Weise anerkannt worden seye. In ersterer Beziehung bedarf es nur eines Blickes auf die hier in Anschluß mitfolgende Note des Staatsrathes, vom 14ten Dezember deren Schlüsse zum Landrathsbeschluß erhoben wurden, um sich zu überzeugen, daß es sich nicht um die Anerkennung des Revisionsprinzips handelte, sondern lediglich um die Vertagung des Landrathes und um die Einberufung einer dreizehner Commission, welche, einen Revisionsentwurf, nur zu Erzielung eines Vergleiches und ohne Beeinträchtigung der Rechte der sich gegenüberstehenden Cantons theile, zu bearbeiten hatte. Wozu sonst die Stellen dieser Note, welche von Einholung

der den Abgeordneten durch ihre Committenten über die Verfassungs-Revision zu ertheilenden Weisungen, von den Hoffnungen einen Vergleich zu erzwängen, sprechen? Wozu die förmliche Verwahrung, daß die Rechte der entzweiten Cantonstheile durch den zu fassenden Beschluß, in keiner Beziehung beeinträchtigt seyn sollten? Und wären, nach den Begriffen der Mehrheit der Commission, die Rechte des östlichen Cantons-theiles, der fest an die Verfassung hält, und darin seine kräftigste Stütze findet, nicht beeinträchtigt? Konnten wohl die Abgeordneten des östlichen Theiles zu einer Revision stimmen, ohne in dem gegenwärtigen Sachverhältnisse ihre Rechte zu beeinträchtigen? So wie der Begriff des Fortbestandes der Verfassung demjenigen einer Revision derselben geradezu widerspricht, eben so konnten die Vertreter der östlichen Zehnen ohne ihre Rechte zu beeinträchtigen das Prinzip der Verfassungs-Revision nicht annehmen. Noch auffallender springt der Irrthum der zweiten Voraussetzung in die Augen, daß nemlich der Grundsatz der verhältnißmäßigen Volksvertretung durch den Landrath als verbindlich anerkannt worden sey. Zwar hat sich die einfache Mehrheit von 29 gegen 27 Stimmen, für denselben ausgesprochen; da aber die Vollziehung dieser Schlußnahme nothwendig die Abänderung des 15ten Verfassungsartikels mit sich bringt, so hat selbige, gemäß dem 57ten Artikel derselben Verfassung keine verbindende Kraft. Der Landrath besitzt keine andere Gewalt, als diejenige, welche der Souverain — das Volk — durch die Verfassung von 1815 auf denselben übertragen hat, und diese darf er nur auf die Weise und in den Schranken ausüben, welche dasselbe ihm vorzeichnet.

In Beziehung nun auf Abänderungen der Verfassung, hat das Volk in dem 57ten Artikel derselben genau die Macht, die Grenzen und die Ausübungsart derselben bezeichnet, welche es dem Landrath als seiner Emanation — einzuräumen gedachte. Würde daher der Landrath die Verfassung mittelst der einfachen Mehrheit von 29 Stimmen, unter Uebergang des 57ten Artikels, welcher jede Verfassungsveränderung der Genehmigung von 39 Stimmen in zwei auf einanderfolgenden Landraths-Sessionen unterwirft, abändern wollen, so wäre dieß ein Eingriff im Rechte, welches das Volk ihm nicht übertragen hat.

Es erblickten daher die Abgeordneten der sechs östlichen Zehnen in dem Benehmen der Repräsentanten des westlichen Theils, welche die urplötzliche Anwendung der mit 29 Stimmen des Landrathes am 11ten Dezember 1838 gefaßten Schlußnahme, durch unverzügliche Feststellung der Repräsentationsseala, verlangten, eine schwere Verletzung der Staatsverfassung; und mit schmerzhafter Rüge gedenken sie der durch dieselben in der Sitzung vom 13ten Dezember ausgesprochenen Weigerung an den fernern Berathungen des verfassungsgemäß sitzenden Landrathes Antheil zu nehmen.

Doch kräftiger noch und mit aller Entschiedenheit haben sich die Vertreter der sechs östlichen Zehnen, Namens ihrer Committenten, wider das zum offenbaren Sturze der bestehenden Staatsverfassung gerichtete Erscheinen von Abgeordneten der fünf westlichen Zehnen ausgesprochen, welche in konstitutionsverletzender Anzahl ohne verfassungsmäßiges Mandat am 15ten Jänner 1839 in den Sitzungssaal des Landrathes drangen, dadurch die Vertagung der gesetzgebenden Behörde veranlaßten, und sich als Constituante erklärend, eine neue Verfassung entwarfen.

Indem die sechs östlichen Zehnen sich feyerlich wider die Verhandlungen und Beschlüsse dieses Vereines, dem sie kein Revisionsrecht unserer Staatsverfassung zuerkennen können, verwahren, erklären sie, daß sie, so lange die Staatsverfassung von 1815 nicht auf konstitutionellem Wege abgeändert ist, keinen andern Grundvertrag der politischen Verhältnisse von Wallis, als verbindlich anerkennen werden. Fest überzeugt, daß die hohen eidgenössischen Behörden diese Treue und Anhänglichkeit an eine von sämtlicher Eidgenossenschaft garantierte Staatsverfassung Rechnung tragen werden, bitten die Vertreter der östlichen Zehnen Hochdieselben dringend um deren gerechte Unterstützung, in Handhabung derselben Constitution. Sie können hier ihre Besorgnisse nicht unterdrücken, daß wenn sie in Aufrechthaltung der Verfassung von 1815 für den ganzen Kanton unterliegen sollten, das seit Jahrhunderten an Freiheit und Selbstständigkeit gewöhnte Volk der sechs östlichen Zehnen sich eher offen dazu entschließen dürfte, seine Kantonsbrüder, welche nicht mehr gemeinschaftlich mit ihm unter dem von allen Theilen des Landes beschwornen Staatsverbande von 1815 leben wollen, zu entlassen, als sich einer ohne seine verfassungsmäßige Mitwirkung eingeführten Constitution zu unterwerfen, welche seine theuersten Interesse im höchsten Grade gefährdet.

Freiheit, Unabhängigkeit, öffentliche Ruhe und Ordnung sind die theuersten Güter des Volkes der sechs östlichen Zehnen. Ruhig und vertrauend auf Gott und Recht, sieht es der Thätigkeit der zahlreichen Comités des westlichen Theiles von ferne zu, hört die von denselben erlassenen Proklamationen gleichgültig an, und läßt sich durch die militärischen Rüstungen und Vorräthe, welche in Martnacht sich aufhäufen, nicht aufschrecken. Nie zum Angriffe, immer zur Nothwehr im eigenen Heerde nur, würde es die Waffen ergreifen.

Genehmigen Euer Excellenz und Hochgeachtete Herrn die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Sitten, den 17ten Januar 1839.

(Folgen die Unterschriften.)

Beilage B.

N o t e.

Eine Frage von höchster Wichtigkeit hat die hohe Versammlung in ihren letzten Sitzungen beschäftigt.

Die Umstände worin wir uns befinden erwecken das Gefühl des Bedürfnisses, daß die Gesandten der Löblichen Zehnen in ihre Heimath zurückkehren möchten, um ihren Committenten Rechenschaft über den Zustand der Sachen abzustatten, und ihre Willensmeinung darüber zu vernehmen.

Der Staatsrath glaubt demnach, daß die Angelegenheit des Augenblickes anrathet, den Landrath zu vertagen, um den Zehnenrätthen Zeit zu lassen, sich zu versammeln und mit ihren Stellvertretern über den Entwurf einer Constitutions-Revision sich berathen zu können, welches man als ein Mittel zu seyn verhofft, den Zwistigkeiten, die zwischen den verschiedenen Theilen des Landes obwalten, ein Ende zu machen.

Zu diesem Behufe schlägt der Staatsrath der hohen Versammlung, „ohne Nachtheil irgend eines Rechtes der Parthenen,“ die Versammlung einer Commission vor, bestehend aus Einem Gliede durch Zehnen, welche sich am 3ten künftigen Jänners in Sitten versammeln würde, um im Verein zu einem Revisionsentwurfe zu arbeiten, in welchem so viel möglich den von den Zehnen dargestellten Bemerkungen Rechnung würde getragen werden: diese Arbeit, bey welcher Seelenruh und Kenntniß der geäußerten Wünsche den Vorsitz führen möchten, sollte dann dem hohen Landrathe, welcher seine Sitzungen am Montag 14ten Jänners wieder vornehmen würde, vorgelegt werden.

Dies sind die Anträge, welche der Staatsrath in diesem Augenblicke machen zu müssen geglaubt hat.

Sitten, den 14ten Dezember 1838.

Im Namen des Staatsrathes, der Landshauptmann.

(folgt die Unterschrift.)

ANNEXE C.

PROTESTATION

Des six Dixains orientaux au Conseil d'Etat de la République et Canton du Valais.



Excellences, très-honorés Messieurs!

Les représentants des six Dixains orientaux se trouvent dans la pénible nécessité d'élever encore une fois la voix contre les actes illégaux que les députés des sept Dixains occidentaux se permettent envers leurs concitoyens du Haut-Valais.

Les représentants des Dixains orientaux protestent, comme ils l'ont déjà fait, contre l'assemblée soi-disant constituante, formée à Sion dès le 15 janvier dernier par les députés des Dixains occidentaux, selon le nombre de leur population.

VIII

Jamais encore n'avait-on obtenu une majorité de 39 suffrages pour quelques changements à la constitution; 29 votes seulement s'étaient prononcés en faveur de la demande des conseils de Dixains de Monthey, Martigny et Entremont.

Ce ne fut que comme moyen de conciliation que le Conseil d'Etat, à la vue des actes de violence qui semblaient se préparer, proposa d'essayer une révision générale de la constitution, qu'il croyait plus propre à rapprocher les esprits, que la méfiance que pourrait causer la révision d'un seul de ses articles, celui qui était relatif au changement de la représentation en Diète.

Cette proposition fut faite *sans préjudice d'aucun droit des parties*, et sous condition qu'on prendrait autant que possible en considération les vœux qu'émettraient les Dixains dans les différentes parties du pays. Cela voulait dire d'une manière non équivoque et développée verbalement, que si on ne pouvait tomber d'accord dans cet essai de révision, les choses resteraient *in statu quo*, et que chacune des parties pourrait faire valoir ses droits sur lesquels rien n'était préjugé.

Ce n'est que dans ce sens seul que les députés des Dixains supérieurs ne se sont point opposés à cette proposition contre laquelle ils auraient sans cela dû réclamer, puisque leurs commettants s'étaient toujours déclarés s'en tenir à la constitution de 1815, ne rejetant toutefois pas les moyens de conciliation; mais avant tout ils devaient pas en référer à leurs commettants et prendre leurs instructions.

Cet essai de révision devait d'ailleurs être le travail de la Diète de décembre, prorogée, pour ainsi dire, à cet effet. Aucun nouveau député ne devait y paraître; ainsi en avait-il été convenu dans la séance du 14 décembre. Le Conseil d'Etat l'avait non seulement proposé de la manière la plus précise; mais, informé que les cinq Dixains inférieurs voulaient changer le mode de représentation, il leur avait déclaré qu'il ne saurait reconnaître que les députés nommés suivant les formes constitutionnelles, et que si ces Dixains envoyaient leurs députations constituées d'après d'autres bases que celles de la représentation actuelle, l'on pouvait prévoir que la conséquence inévitable de cette infraction à la constitution, qu'on doit respecter tant qu'elle n'est pas remplacée par une autre, serait une scission dès la première séance.

On se demandait : « Les députés des autres Dixains consentiraient-ils à siéger dans une assemblée où ils croiraient entrer sous la foi et le régime de la constitution, et où ils se trouveraient face à face avec d'autres députés, dont la présence constaterait une violation flagrante de cette même constitution? »

Un langage aussi précis et aussi fondé du Conseil d'Etat ne fut point écouté: ses paroles, ses injonctions furent méconnues, ainsi que nos droits.

Les députés des Dixains occidentaux nommés inconstitutionnellement parurent en Diète en nombre inconstitutionnel et en mépris de nos institutions fondamentales.

Dès lors tous les actes émanés de cette assemblée sont inconstitutionnels et de nulle valeur. Nous avons protesté contre, dès le 15 janvier. — Ces illégalités nous eussent forcés de quitter la salle des séances, si le Conseil d'Etat lui-même n'eût reconnu l'illégalité d'une représentation nationale dénaturée par la présence d'un plus grand nombre de députés que celui établi par l'article 15 de la constitution, et n'eût par ce motif ajourné la session comme il l'a annoncé au Directoire Fédéral le 17 janvier. Nous avons renouvelé nos protestations le 19 suivant, et les avons déposées entre les mains du Conseil d'Etat chargé du pouvoir exécutif, et l'avons invité à veiller à ce que la constitution du pays ne fût point violée.

Nonobstant ces protestations, l'assemblée continua *paisiblement* ses travaux. Les ayant terminés, elle les soumit à la sanction du peuple Valaisan. Elle osa nous les proposer!!! — N'y ayant pris aucune part, nous ne pûmes et ne voulûmes point les reconnaître, et nous avons renouvelé nos protestations par une adresse, sous date du 12 février, au Conseil d'Etat, seule autorité légitime.

Le 28 dit, l'assemblée sus-mentionnée déclara son projet de constitution adopté par la majorité absolue des suffrages du peuple Valaisan, et en décréta la promulgation comme constitution du canton du Valais.

Ici les représentants des six Dixains orientaux déclarent derechef de la manière la plus solennelle qu'ils protestent formellement contre le projet de constitution, et s'opposent de toutes leurs forces et avec toute l'indignation de leur âme à sa promulgation.

Quoi! un acte qui n'est le fait que des députés d'une partie du pays, auquel ni le gouvernement ni le V^{ble}. Clergé, qui avait aussi des droits à défendre, ne purent ou n'osèrent point prendre part, deviendrait la constitution d'un peuple libre? — Ce serait au contraire un acte d'abus de pouvoir, une oppression peut-être sans exemple.

L'on nous dit que le projet a obtenu la majorité des suffrages du peuple Valaisan. Nous protestons formellement contre cette assertion. — Il est de notoriété publique qu'à très-peu d'exceptions près, tout le Haut-Valais, tout le Dixain de Sierre, à part les deux tiers de Granges, la plupart des communes du Dixain d'Hérens, quelques-unes de Sion et quelques-unes encore dans le Bas-Valais ont rejeté le projet; qu'en sus un grand nombre de ceux qui sont comptés parmi les acceptants, ne l'ont accepté que sous réserve de corrections ou de rejet de certains articles : qu'en conséquence ces articles n'ayant point été corrigés ou rejetés, ils n'ont rien accepté. Comment donc l'assemblée fera-t-elle conster au public que la majorité du peuple Valaisan a accepté le projet de constitution?

Elle annonce qu'au dépouillement du scrutin l'on trouva six mille neuf cent septante-deux votants, qui, disait-on, avaient accepté le projet de constitution. Sans nous arrêter pour le moment à ce que ce chiffre peut présenter d'exact ou d'irrégulier dans le mode de compter, nous demandons, après tous les moyens intéressés et d'invention unique qu'on a mis en œuvre pour chercher à obtenir une majorité, qui osera dire que la votation a été suffisamment libre? N'aurait-elle pas plutôt été obligée, même dominée par la crainte? Mais qu'ils soient réels et volontaires, 6,972 votes sont encore loin de former la majorité de ceux du peuple Valaisan qui s'élève à 77,648 âmes.

Déduit ensuite le nombre considérable de ceux qui n'ont accepté que sous réserve et que pour certains articles s'élevant à des mille, sur quel fondement viendrait-on nous annoncer que la majorité du peuple Valaisan a sanctionné le projet de constitution? De quel front voudrait-on l'imposer à l'immense majorité et cela au nom de la Souveraineté du peuple?

Nous rejetons d'ailleurs la prétention de compter parmi les acceptants ceux qui n'ont rejeté que certains articles; nous voulons au contraire qu'ils soient comptés parmi les opposants, au moins pour les articles qu'ils ont rejetés.

L'assemblée a encore compté les absents, soit les non votants, pour acceptants; elle a annullé plusieurs votations pour faute de formalités, et au moyen de cette invention, elle trouva, dit-on, 2,000 suffrages à ajouter aux 6,972.

Nous protestons encore contre ce mode de votation, et de supposer des suffrages que rien d'ailleurs n'autorise.

Aucun de nos cantons voisins ne nous en avait donné l'exemple, si on excepte un ou deux qui aujourd'hui sans doute désapprouvent déjà ce mode si étrange de former une majorité muette.

Nos confédérés, les trois cantons directeurs en tête, n'ont-ils pas exigé le consentement bien positif des citoyens pour un acte aussi important? N'ont-ils pas suivi cette même marche, la seule que la justice et la saine raison puissent admettre!

D'ailleurs, aucune loi antérieure dans le pays fait ainsi présumer la volonté des citoyens; le projet et la proclamation qui l'accompagnait, n'étaient pas des lois, chaque Valaisan était libre. Nous rejetons donc ce mode inventé, dirait-on, pour surprendre le bon peuple Valaisan. Et pour ce qui regarde les absents, s'ils doivent être comptés, nous demandons qu'ils le soient en faveur de l'ancienne constitution, car le silence indique bien plus la volonté de ne pas changer, que de faire une nouvelle constitution. On ne fait point de loi sans le vouloir et sans exprimer sa volonté. Et ce qui regarde les communes dont les votes ont été annullés pour défaut de formalités, nous demandons, dès qu'il en constera, qu'ils soient assignés au rang auquel ils appartiennent, selon qu'elles se sont exprimées.

Rien n'eût autorisé l'assemblée d'en agir autrement, eût-elle même eu le caractère de légalité, que nous lui dénierons toujours.

Excellences, très-honorés Messieurs! nous sommes donc bien fondés à contester la majorité du peuple Valaisan en faveur du nouveau projet. Et pour cela, ainsi que pour les autres motifs énoncés plus haut, nous le rejetons et protestons contre sa promulgation comme constitution du pays.

Et si l'on voulait nous forcer à l'accepter, nous protesterions dès le moment contre l'injustice que l'on nous ferait; nous en appellerions d'avance à la Diète Fédérale.

Nous protestons encore contre le reproche que l'on nous fait d'opérer une scission dans le Valais; elle est venue de la part des constituants de 1839, et non point des Dixains supérieurs qui ont toujours obéi au gouvernement légalement établi.

La Diète Fédérale aura donc à décider, si tant est que les députés des Dixains occidentaux l'y forcent, si la fraction d'un peuple peut renverser une constitution sans se conformer au mode prescrit par cette constitution.

Si la majorité doit au moyen de fiction subir la volonté de la minorité; si les majorités doivent être réelles ou factices.

En un mot, si un peuple doit être opprimé pour avoir été fidèle à ses serments, fidèle à sa constitution garantie par la confédération.

En attendant, nous ne reconnaitrons jamais pour obligatoire un acte qui s'élève contre celui qui a reçu de la confédération la sanction voulue par le Pacte Fédéral, qui repose dans ses archives, et a seul le caractère de légalité. Oui, la constitution de 1815 est encore obligatoire pour toutes les parties du canton. Elle seule lie encore tout le peuple Valaisan.

Pour ces raisons, le Conseil d'Etat, que le canton a établi le gardien de nos institutions, est la seule autorité légitime dont nous écouterons la voix et à laquelle nous prêterons obéissance.

Non seulement nous lui en faisons la déclaration solennelle, mais nous le requérons, comme Pouvoir établi par tous les représentants du pays, de ne point abandonner à qui que ce soit l'autorité dont il est revêtu, tant qu'il ne pourra pas la remettre d'une manière légale, c'est-à-dire, tant que la constitution, en vertu de laquelle il administre, et en absence de la Diète régit le Canton, ne sera point remplacée d'une manière valide et incontestable.

Nous assurons d'ailleurs le Conseil d'Etat de la tranquillité parfaite et du calme avec lesquels les ressortissants de nos Dixains attendront la solution de la grande question vitale qui a été soulevée par une partie du pays. Nous l'assurons de l'obéissance que nous lui portons; il nous trouvera toujours sur la ligne du devoir, sur le sentier de la légalité.

Pénétrés de la justice de notre cause, et plaçant tout notre espoir dans le Dieu de nos pères, auquel nous nous recommandons mutuellement, nous avons l'honneur d'offrir au haut Conseil d'Etat les assurances réitérées et sincères de notre respectueux dévouement.

Sierre, le 3 mars 1839.

(Suivent les signatures.)

Beilage D.

Volkszählung vom Wallis im Jahr 1837.

Zehnen.	Bewohner.	Zehnen.	Bewohner.
Goms . .	4,393	Uebertrag	33,725
Brig . .	4,211	Herrens .	7,405
Bisp . .	5,152	Gundis . .	5,663
Naren . .	4,539	Martinacht	7,812
Reuf . .	4,365	Entremont .	9,389
Siders . .	7,097	St. Morizen	5,691
Sitten . .	3,968	Monthey .	7,963
	33,725		77,648

**Résultat de la votation sur la Constitution du 30 janvier 1859,
présenté par la Commission de la Constituante.**

DIXAINS.	AFFIRMATIFS.	ABSENTS.	TOTAL.	NÉGATIFS.	TOTAL GÉNÉRAL.
St. - Maurice .	784	525	1,309	4	1,313
Entremont . .	2,003	579	2,582	5	2,587
Sion	158	25	181	74	255
Conthey . . .	800	405	1,205	230	1,435
Monthey . . .	1,019	255	1,274	1	1,275
Hérens	542	86	628	704	1,332
Sierre	45	18	63	155	196
Martigny . . .	1,621	245	1,866	5	1,871
	6,972	2,136	9,108	1,156	10,264

Note. Les votes admis par la Constituante comme réguliers sont au nombre de 10,187

dont 6,896 acceptants,
2,135 absents,
1,156 négatifs,

Total 10,187

ANNEXE E.

AU CONSEIL D'ÉTAT DU CANTON DU VALAIS.

Excellence, Très-honorés Messieurs,

Les Dixains et Communes représentés par les députés soussignés en vertu des pouvoirs spéciaux;

Désireux de se tenir toujours sur la voie légale qui a été tracée par le Conseil d'Etat dans les circonstances graves où se trouve le Valais;

Désireux, avec la profession de ces sentiments, de concourir, en ce qui dépend d'eux, à mettre un terme aux dissidences qu'ont élevées ces circonstances, et mûs du désir le plus sincère et le plus vif de ce qui peut procurer l'avantage du canton;

Répondant à la circulaire du 11 mars qui transmet aux Dixains les propositions de conciliation que leur ont adressées Messieurs les Commissaires fédéraux, font par la présente connaître les vœux et les volontés de leurs commettants, et prient le Conseil d'Etat de leur donner suite, lui conférant les pouvoirs qui, cas échéant, pourraient devenir nécessaires pour la convocation d'une assemblée appelée à procéder à la révision de la constitution de 1815, d'après les bases suivantes, dont l'expression ne peut ni ne doit, à tout événement, préjudicier, en quoi que ce soit, aux manifestations et protestations qui ont à ce jour été adressées au Conseil d'Etat, seule autorité légitime à les recevoir :

1) La réunion de l'assemblée aurait lieu sur la convocation du Conseil d'Etat; les Dixains y seraient représentés à raison d'un député par mille âmes; la fraction de la moitié, plus un, comptera pour un entier.

2) Monseigneur l'Evêque y serait présent avec ses quatre suffrages. Le vénérable clergé sera représenté au pouvoir législatif par Monseigneur l'Evêque qui y conservera ses quatre suffrages.

3) Le referendum de toutes les lois, capitulations militaires, et les décrets de finance et de naturalisation aux Conseils du Dixain et aux assemblées communales est garanti.

4) Les droits et les immunités du vénérable clergé et des corporations religieuses sont maintenus.

5) Les droits d'entrée sur les denrées de première nécessité ne pourront être augmentés; ceux des vins seront maintenus au taux actuel. Aucun impôt direct ne pourra être créé que par les deux tiers des suffrages du pouvoir législatif et sanctionné par la majorité des citoyens actifs.

6) Jusqu'à l'acceptation d'une nouvelle constitution par la majorité du peuple, l'ordre des choses actuel est maintenu.

Moyennant l'adoption de ces bases, les représentants soussignés reconnaîtraient au nom de leurs commettants les principes de la représentation proportionnelle et de l'indivisibilité du canton.

Les représentants soussignés espèrent avec confiance, que ces moyens de conciliation amèneront le but désiré du rétablissement de l'harmonie dans les diverses parties du canton. Ils prient le Conseil d'Etat de bien vouloir agréer l'assurance de la considération la plus distinguée avec laquelle ils ont l'honneur d'être.

Sierre, le 20 mars 1839.

(Suivent les signatures.)